

## Beschluss des Vorstandes des Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Keine steuerlichen Mehrbelastungen, klare Prioritäten, solide Haushaltspolitik

Konjunkturelle Schwäche, hohe Energiepreise und internationale Krisen treffen den Mittelstand und die Bürgerinnen und Bürger in einer Phase erheblichen wirtschafts- und strukturpolitischen Reformbedarfs. Um Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand dauerhaft zu sichern und unsere Wirtschaft, den Mittelstand und das Handwerk zu stärken, braucht unser Land jetzt wirtschafts-, finanz- und fiskalpolitische Verlässlichkeit sowie entschlossene Reformen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Monaten im Interesse der Handlungsfähigkeit der Bundesregierung Verantwortung übernommen und Kompromisse ermöglicht – unter anderem bei der Errichtung des Sondervermögens und dem Rentenpaket. Diese Kompromissbereitschaft findet jedoch dort ihre Grenze, wo zusätzliche steuerliche Belastungen zur Diskussion gestellt, Mittel für wachstumsfördernde Maßnahmen zur Finanzierung anderer Aufgaben herangezogen oder zentrale Grundsätze einer soliden Haushaltspolitik in Frage gestellt werden.

Für die Verwendung des „Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz“ ist der tatsächliche volkswirtschaftliche Begriff der Investition als Berechnungsgrundlage heranzuziehen, selbst wenn die haushälterische Auslegung auch „sachfremde Investitionen“ zuließe. Verschiebungen aus dem Kernhaushalt müssen unterbleiben und das eingeräumte Sondervermögen ist in Investivhaushalten einzusetzen, die aus den eingesetzten Mitteln einen fiskalischen Mehrwert erbringen.

Unser Land braucht dringend umfassende strukturelle Reformen, um seine wirtschaftliche Stärke, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit zu sichern. Einen solchen Reformkurs unterstützen wir und begleiten die Arbeit der Bundesregierung und der eingesetzten Kommissionen weiterhin konstruktiv.

### **Der Vorstand des Parlamentskreis Mittelstand (PKM) beschließt:**

1. Wir unterstützen unseren Bundeskanzler, der Mehrbelastungen bei der Einkommen- und Erbschaftsteuer ablehnt. Die Einkommensteuer ist die Steuer des Mittelstands. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten steuerlichen Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen müssen daher ohne steuerliche Mehrbelastungen bei der Einkommensteuer umgesetzt und finanziert werden.
2. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, konsequent Ausgaben zu priorisieren, Einsparpotenziale zu heben und wachstumsfördernde Maßnahmen in den Mittelpunkt zu stellen.

3. Wir fordern die Bundesregierung auf, dass die Mittel aus dem „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz“ für echte, zusätzliche und wachstumsfördernde Investitionen eingesetzt und nicht zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben oder anderer politischer Vorhaben herangezogen werden.
4. Wir fordern, dass versicherungsfremde Leistungen – insbesondere für Grundsicherungsempfänger – nicht zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden.
5. Weitere Lockerungen der Schuldenbremse lehnen wir entschieden ab.

Der PKM steht für eine Politik der wirtschafts-, finanz- und fiskalpolitischen Vernunft.

Steuererhöhungen, eine Verschiebung von Prioritäten zulasten wachstumsfördernder Maßnahmen und eine Abkehr von einer soliden Haushaltspolitik sind kein Beitrag zur Lösung, sondern schaden unserem Land und untergraben das Vertrauen in eine verlässliche Politik.

Deutschland braucht jetzt einen wirtschaftspolitischen Kurs, der Leistung belohnt, Investitionen ermöglicht und neues Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes schafft.

Christian Freiherr von Stetten MdB

Berlin, den 20. Mai 2026